

Der Volkswirt.

Die Zusammenlegung industrieller Betriebe.

Die Schwierigkeiten der Kohlenversorgung haben den Anstoß gegeben, daß kompetenterseits zunächst an mehrere kriegswirtschaftliche Organisationen die Anfrage gerichtet wurde, ob es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zweckmäßig erscheine, zum Zwecke größtmöglicher Kohlenersparnis und damit im Zusammenhang größtmöglicher Verringerung in der Finanzverbrauchs der Fahrbetriebsmittel eine Konzentration der Erzeugung in einer für den Bedarf der Seeresverwaltung entsprechenden Anzahl von Betrieben durchzuführen. Auch in andern Belangen, so namentlich in der Frage der Requisitionen der Betriebe, Anlagen und Maschinen, ferner hinsichtlich Bewilligung oder Aufhebung von Entschädigungen, ergibt sich die Notwendigkeit, zu erwägen, ob es sich empfiehlt und ob es auf die Dauer erreichbar bleibe, die Produktion in allen derzeit im Gange befindlichen Betriebsstätten aufrechtzuerhalten. Um einen Überblick über die Frage der Konzentration der Industrie zu gewinnen, hat das Handelsministerium, wie bereits berichtet wurde, eine Enquete der verschiedenen Organisationen der Industrie einberufen, welche am Freitag im großen Sitzungssaal der Handels- und Gewerbeakademie stattfand.

Der Handelsminister Dr. Urban, welcher die Enquete eröffnete und während eines Teiles der Verhandlungen den Vorsitz führte, begrüßte die Vertreter der Industrie und der Arbeiterschaft und teilte in seiner Eröffnungsansprache mit, daß das Kriegsministerium sich mit der Absicht trage, im Hinblick auf die herrschenden Transportschwierigkeiten und die Hemmnisse in der Kohlenversorgung Maßnahmen zu treffen, durch welche einzelne nicht vollbeschäftigte Betriebe stillgelegt und andre leistungsfähige Unternehmungen zur Gänze beschäftigt werden sollen, um Ersparnisse an Kohle und Fracht zu erzielen. Die sich aus der Betriebszusammenlegung ergebenden Vorteile, die schon kraft des bekannten volkswirtschaftlichen Gesetzes durch Betriebskonzentrationen hervorgerufen werden, werden jetzt gewiß schwer ins Gewicht fallen. Wenn nun auch die Maßregel vom Gesichtspunkt dieser Vorteile zu würdigen sei, so muß man sich andererseits von Augen halten, welche Tragweite sie für die Industrie und die Arbeiterschaft haben könnte. Auch ist dem Gesichtspunkt Rechnung zu tragen, daß die Konzentration einen vollkommen paritätischen gleichzeitigen Vorgang in Ungarn zur Voraussetzung hätte. Das Problem beeinflusst auch in einschneidender Weise die wichtigsten Gebiete, so jene der Industriepolitik, der sozialen Fürsorge und der Staatsfinanzen. Auf dem Gebiete der Industriepolitik könnte sich ein Gegensatz aus dem Verhältnis der stillgelegten und arbeitenden Betriebe ergeben. Im Falle der Konzentration wird während der Ueberleitungswirtschaft eine Rückbildung in die alten Betriebsformen mancherlei Schwierigkeiten heraufbeschwören. Belangreich erscheint ferner die Frage der Entschädigungen. Es wird auch die Frage zu untersuchen sein, inwiefern die Möglichkeit besteht, die in den verschiedenen Industriezweigen beschäftigten Arbeiter zu der Zusammenlegung heranzuziehen, und insbesondere, welche Folgen die Zusammenlegung für das weibliche Arbeitselement haben wird, und weiters, in welchem Ausmaß die Arbeitslosenfürsorge ausgestaltet werden muß. Durch den Steuerentgang der zusammengelegten Betriebe werden die Staatsfinanzen und auch die Gemeindefinanzen in Mitleidenschaft gezogen werden.

Von industrieller Seite wurde in der Enquetebatte zutreffend erklärt, die Frage könne nicht mit einem einfachen Ja oder Nein beantwortet werden. Präsident Better vom Bunde der Industriellen bemerkte, eine Betriebszusammenlegung sei nur branchenweise möglich. Die Rückbildung der stillgelegten Betriebe in die alte Betriebsform werde nach dem Kriege in vielen Fällen sehr schwer sein, woraus folgt, daß mit der Durchführung der Betriebszusammenlegung über so manchen Be-

trieb ein Todesurteil für alle Zeiten gefällt werde. Eine mechanische Zusammenlegung wäre ein Fehler, die Konzentration könne daher nur branchenweise und unter Berücksichtigung der einzelnen Betriebe erfolgen.

Herr Löw-Beer erläuterte die Frage vom Standpunkte der Wollindustrie. Ausschlaggebend für die Beurteilung der Frage sei der Beschäftigungsgrad der Industrie. In Deutschland, wo die Konzentration durchgeführt wurde, sind fünf Sechstel der Betriebe in der Wollindustrie stillgelegt. Bei uns liegen hingegen die Verhältnisse ganz anders. Die Streichgarnindustrie ist vollauf beschäftigt, die Webererei arbeitet mit ungefähr vierzig bis fünfzig Prozent ihrer Leistungsfähigkeit. Darum besteht bei uns ein Bedürfnis nach Zusammenlegung nicht. Wenn eine solche durchgeführt werden sollte, so müßte dies mit der größten Vorsicht vor sich gehen.

Direktor Braun charakterisierte den Standpunkt der Mühlenindustrie Oesterreichs, die ebenfalls für den Gedanken der Zusammenlegung nicht eintreten könne. Der Kohlenverbrauch stehe zum Getreide im Verhältnis von eins zu zehn. Ferner besteht in der Mühlenindustrie eine erhöhte Brandgefahr, so daß es besser ist, die knappen Vorräte möglichst zerstreut aufzuheben.

Dr. Heinrich Fries teilte mit, daß die industriellen Verbände über eine Anfrage des Zentralverbandes der Industriellen Oesterreichs sich ganz entschieden gegen den Plan einer Betriebszusammenlegung ausgesprochen haben. Maßgebend ist dabei der Gedanke, daß die Rückbildung nach dem Kriege sehr schwer und vielleicht unmöglich sein werde. Eine Industrie sei eben kein Konglomerat aus Eisen und Zement, eine Industrie könne nicht wie ein Spielzeug in eine Schachtel hineingelegt und nach Bedarf herausgenommen werden, eine Industrie stelle einen lebenden Organismus dar, der, wenn einmal getötet, nicht mehr nach Belieben zum Leben erweckt werden könne. Was speziell die Zuckerindustrie betrifft, werde die Transportersparnis infolge geminderter Kohlenverbrauches wettgemacht werden durch ein gesteigertes Erfordernis an Fahrbetriebsmitteln für die Transporte von Milche und von Zucker, da die Zusammenlegung der Betriebe eine Ausdehnung der Entfernungen mit sich bringen müßte. Auch wäre der Umstand zu würdigen, daß die Bestrebungen zur Ausfindigmachung geeigneter Ersatzstoffe um so eher Erfolg versprechen, je mehr Betriebe durch ihre Tätigkeit in die Lage kämen, ihre Aufmerksamkeit diesen Bemühungen zuzuwenden.

Der Präsident des Kriegsverbandes der Baumwollindustrie Artur Kusler hob hervor, daß die Baumwollindustrie als Erste die Wichtigkeit der Betriebszusammenlegung erkannt und die erforderlichen Gegenmaßnahmen zeitgerecht getroffen habe. Die Konzentration begann schon damals, als Einschränkung- und Streckungsmaßnahmen in Geltung gesetzt wurden. Die Baumwollindustrie hat die Notwendigkeit der Erhaltung der geschulten Arbeiterschaft erkannt und nachhastige Arbeitslosenunterstützungen gewährt, so vom Februar 1916 bis Februar 1917 in der Höhe von 13½ Millionen Kronen. Die Baumwollindustrie ist bereit zu vier Fünftel bis fünf Sechstel eingestellt. Redner glaubt nicht, daß die stillgelegten Betriebe später nicht werden ihre Tätigkeit wieder aufnehmen können. Im Gegenteil; die große Zahl der Betriebsstilllegungen werde es erzwingen, daß die Betriebe wieder in Tätigkeit gesetzt werden. Wenn eine Zusammenlegung erfolgen sollte, so müßte der Betrieb vor der Stilllegung zuerst seine Vorräte aufarbeiten, um nicht in die Notwendigkeit versetzt zu werden, die vorhandenen Vorräte abzutransportieren. Die Entschädigungsfrage wäre dahin zu lösen, daß die verarbeitenden Betriebe bloß ihre Selbstkosten ersetzt bekommen und daß der Gewinn aus der verarbeiteten Menge auf die ganze Industrie aufgeteilt wird. Bei der Uebergangswirtschaft sollten jedoch bei Zurechnung der Rohprodukte und der Arbeitskräfte vor allem die stillgelegten Betriebe berücksichtigt werden.

Kaiserlicher Rat Zilgner schilderte die besonderen Verhältnisse, unter denen die Seidenindustrie arbeitet, bei der der Kohlenverbrauch ein sehr geringer ist und die Gesamtzahl der Betriebe ungefähr 40 bis 50 beträgt. Die Rohmaterialien können bei ihrem leichten Gewicht mittels Post befördert werden. Die Industrie beschäftigt zumeist weibliche Arbeitskräfte. Da die Seidenindustrie 4 Prozent staatliche Aufträge hat, so müßten 96 Prozent der Betriebe eingestellt werden, was mit einer Stilllegung der ganzen Industrie gleichbedeutend wäre. Die Konzentration der Seidenindustrie ist sehr schwierig, da viele Betriebe bloß auf gewisse